

NATIONALE AUFTRAGSBEKANNTMACHUNG gemäß § 28 Absatz 2 UVgO

Hinweis: Diese Bekanntmachung wird auf der zentralen Veröffentlichungsplattform Hamburg veröffentlicht (§ 28 Abs. 1 UVgO).

Verfahren: BUKEA-ÖA-A2-333-24 - Betriebsführung Entgasungsanlagen

Auftraggeber: Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft

- 1) Bezeichnung und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind:

Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft
Neuenfelder Straße 19
21109 Hamburg
Deutschland
+49 40428402659
+49 40427940026
beschaffungsstelle@bsw.hamburg.de

- 2) Verfahrensart (§§ 8 ff. UVgO)

Öffentliche Ausschreibung [UVgO]

- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind (§ 38 UVgO):

Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

- 4) Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit (§ 29 Absatz 3 UVgO) und ggf. Informationen zum Zugriff auf Vergabeunterlagen (§ 29 Abs. 3 UVgO):

- 5) Art und Umfang der Leistung sowie Ort der Leistungserbringung:

Betriebsführung Entgasungsanlagen
Gegenstand dieser Ausschreibung ist die Vergabe der Betriebsführung der Entgasungsanlage der Deponie Georgswerder (DGW), der Gasfassungsanlage der Altablagerung Böverstland (BVL) sowie der Bodenluftabsaugung „Süderfeldpark“ (SFP) an eine geeignete Fachfirma, im folgenden Auftragnehmer (AN) genannt, welche die beschriebenen Anlagen ganzjährig, im vor-Ort-Betrieb und im Bereitschafts-dienst betreibt.

Ort der Leistungserbringung:
Hamburg

- 6) ggf. Anzahl, Größe und Art der Lose bei Losaufteilung (§ 22 UVgO):

Losweise Ausschreibung: Nein

- 7) ggf. Zulassung von Nebenangeboten (§ 25 UVgO):

Nebenangebote sind nicht zugelassen

- 8) ggf. Ausführungsfrist(en):

Von: 01.01.2025 Bis: 31.12.2026

- 9) Vergabeunterlagen (§§ 29, 21 UVgO): Die Vergabeunterlagen sind über die Veröffentlichungsplattform der Freien und Hansestadt Hamburg (<https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/ceef2e1c-7e71-4dc8-99e9-3e5fff7>) elektronisch abrufbar.

Im Einzelfall (§ 29 Abs. 2 UVgO) sind nicht veröffentlichte und zusätzliche Unterlagen erhältlich bei (Bezeichnung und Anschrift der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen angefordert oder eingesehen werden können):

- 10) Ende der Teilnahme- oder Angebotsfrist (Datum und Uhrzeit) und Ende der Bindefrist (Datum und Uhrzeit):

Teilnahme- oder Angebotsfrist: 30.10.2024 09:30:00
Bindefrist: 29.11.2024 00:00:00

- 11) ggf. Höhe geforderter Sicherheitsleistungen (§ 21 Abs. 5 UVgO):

Betriebshaftpflichtversicherung für Personenschäden mindestens in Höhe von 1.500.000 Euro sowie sonstigen Schäden mindestens in Höhe von 500.000 Euro mit dem Nachweis, dass die Maximierung der Ersatzleistung mind. das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

- 12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:

13) Unterlagen zur Beurteilung der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen:

Der Vordruck „Eignung“ in den Vergabeunterlagen enthält bestimmte Eigenerklärungen als vorläufige Eignungsnachweise, die von den Bietern auf Verlangen durch (ggf. deutschsprachig übersetzte) Bescheinigungen zu bestätigen sind. Der Vordruck ist zusammen mit dem

Teilnahmeantrag oder

Angebot

vorzulegen [von der Vergabestelle anzukreuzen].

Zusätzlich sind folgende Unterlagen mit dem

Teilnahmeantrag oder

Angebot

vorzulegen [von der Vergabestelle anzukreuzen].

1. Nachweis über Eintragung im Berufs- und Handelsregister des Landes, indem Sie ansässig sind (Nachweis durch HR-Auszug, Gewerbeanmeldung o.ä.).

2. Betriebshaftpflichtversicherung für Personenschäden mindestens in Höhe von 1.500.000 Euro sowie sonstigen Schäden mindestens in Höhe von 500.000 Euro mit dem Nachweis, dass die Maximierung der Ersatzleistung mind. das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

3. Mind. 3 Referenzen im Bereich Betriebsführung Gasabsauganlagen / Deponieüberwachung nachweisen. Darstellung von in den letzten drei Jahren durchgeführten Leistungen, die dem hier zu vergebenden Auftrag hinsichtlich Inhalt und Umfang ähneln.

- mindestens 5 Jahre relevante Berufserfahrung
- Erfahrung in den Bereichen Gassanierung/Deponiegasüberwachung
- Hochschul- bzw. Fachhochschulabschluss (Master oder vergleichbar) in mind. einer der folgenden Fachrichtungen: Verfahrenstechnik, Bauingenieurwesen, Elektrotechnik, Chemie/Chemietechnik, Maschinenbau, Umweltschutz, Umweltschutztechnik
- Sachkunde nach DGUV Regel 101-004/ BGR 128
- Kenntnisse Fernüberwachung, SPS, Hardware, Software (WinCC, ACRON, Team-Viewer)
- Techniker in mind. einer der folgenden Fachrichtungen oder vergleichbar: Maschinenbau, Chemie, Elektronik, Umweltschutz, Metallbau, Verfahrenstechnik sowie Meister, Monteur, Anlagenbauer / Schlosser
- Mindestens 1 Mitarbeiter*in besitzt die Qualifikation zur Elektrofachkraft
- Sachkunde der eingesetzten Mitarbeiter nach DGUV Regel 101-004/ BGR 128
- Kenntnisse Fernüberwachung, SPS, Hardware, Software (WinCC, ACRON, Team-Viewer)

4. Nachweis der Technischen Ausstattung

- Werkstattwagen, Mobilität des Einsatzpersonals
- Eigene Werkstatt
- Messgeräte

14) Zuschlagskriterien, sofern nicht in den Vergabeunterlagen genannt (§ 43 UVgO):

Wirtschaftlichstes Angebot: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung

Preis-/Leistungsverhältnis (%): 50 / 50

15) Bevorzugung von Werkstätten für behinderte Menschen und Inklusionsbetrieben:

Der Zuschlag wird auf ein Angebot eines bevorzugten Bieters (Werkstätten für behinderte Menschen, Inklusionsbetriebe und anerkannte Blindenwerkstätten) erteilt, wenn es mindestens so wirtschaftlich ist, wie das ansonsten wirtschaftlichste Angebot eines anderen Bieters. Bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Angebote wird der von dem bevorzugten Bieter angebotene Preis mit einem Abschlag von 10 % berücksichtigt. Zur Errechnung dieses Abschlags muss bei einer Bietergemeinschaft angegeben werden, welcher Anteil am Gesamtangebot auf den bevorzugten Bieter entfällt. Die Eigenschaft als bevorzugter Bieter ist durch Vorlage der staatlichen Anerkennung nachzuweisen. Inklusionsbetriebe können eine Eigenerklärung abgeben, in der das Vorliegen der Voraussetzungen des § 215 SGB IX dargelegt wird.

16) Sonstiges: